

Statt Gier regiert nun Populismus

Weltwirtschaft. Nichts deutet auf eine Wirtschaftskrise, gar einen Crash hin. Zehn Jahre nach der Lehman-Pleite geht die Gefahr nicht von gierigen Finanzjongleuren, sondern von populistischen Politikern aus.

VON JAKOB ZIRM

Wien. Genau heute vor zehn Jahren markierte der Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers den Höhepunkt der Finanzkrise. Es folgten das heftigste Kursgemetzel an den Börsen seit dem Jahr 1929 und eine globale Rezession. Zehn Jahre später sieht die Situation diametral verschieden aus. Die weltweiten Börsen sind seit Jahren in einem wahren Kaufrausch und notieren in vielen Fällen in der Nähe historischer Höchststände. Aber auch abseits der Finanzwirtschaft läuft die Konjunktur in Europa, den USA und auch den meisten Schwellenländern seit Längerem rund. Für heuer erwarten die heimischen Wirtschaftsforscher erneut ein Wachstum von gut drei Prozent.

Diese lang anhaltende Schönwetterperiode lässt allerdings auch immer wieder Sorgen aufkommen, wie lang es noch so weitergehen kann. So befinden sich etwa die Börsen seit Jahresbeginn vor allem im Seitwärtsmodus. Protektionistische und populistische Ankündigungen – vor allem aus dem Weißen Haus eines Donald Trump – bringen Verunsicherung. Und laut Ökonomen könnte der Höchststand des Wirtschaftswachstums im Lauf des eben zu Ende gehenden Sommers erreicht worden sein. Doch sind das schon Anzeichen für eine sich ankündigende neue Krise?

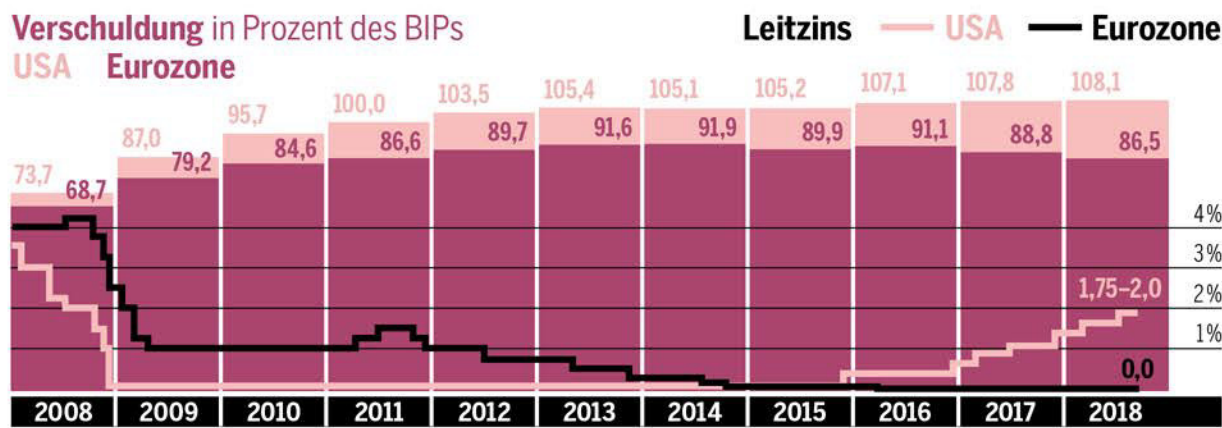
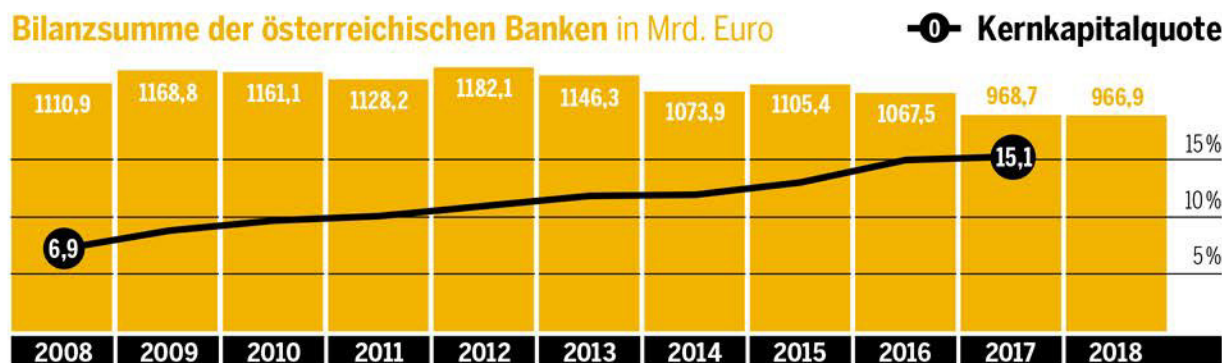
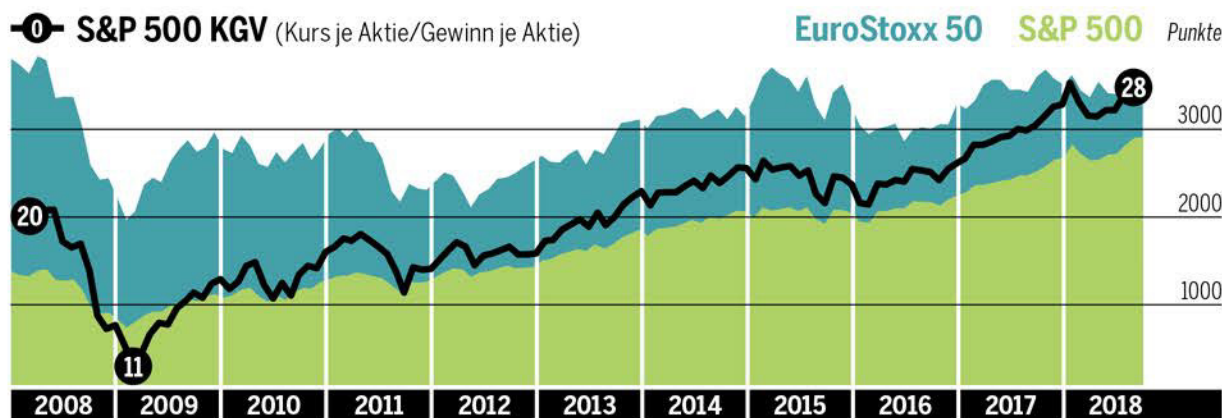
Die Konjunktur

„Alle Fundamentaldaten zeigen ein langsames Abflachen, aber keinen Crash“, sagt dazu Martin Kocher, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts IHS. Auch in den nächsten Jahren werde es solide Wachstumsraten zwischen 1,5 und zwei Prozent geben. Natürlich gebe es einige Unsicherheitsfaktoren, die auch nur schwer in ihrer endgültigen Auswirkung einzuschätzen seien. Neben dem Wiederaufflammen des Protektionismus beispielsweise den Brexit oder die aktuelle Situation in der Türkei. „Kommt es hier zu einer deutlichen Verschärfung der Situation, würde das auch bei uns Wachstum kosten, aber nicht unbedingt einen Crash auslösen“, sagt Kocher.

Doch was ist, wenn die Gefahr wieder vom Finanzmarkt kommt, der durch das billige Geld der Zentralbanken in ungeahnte Höhen gedrückt wurde? Ein Blick auf die Charts zeigt, dass zumindest in den USA etwa der Index der 500 wichtigsten Aktien (S&P 500) nicht nur den Rückgang nach 2008 schon längst wieder verdaut, sondern sich seit dem vorherigen Höchststand sogar verdoppelt hat (siehe Grafik). Etwas anders sieht die Situation jedoch aus, wenn diese Preissteigerung mit den Firmengewinnen in Relation gesetzt wird (geglättetes Kurs-Gewinn-Verhältnis). Dann liegt der S&P 500 nur ein wenig höher als im Jahr 2008 – historisch gesehen allerdings immer noch ein sehr hoher Wert. „Einige Aktienmärkte – vor allem in den USA – sind

AUF EINEN BLICK

Am Jahrestag der Lehman-Pleite zeigt sich die globale Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Auch die Börsen liegen – trotz Unsicherheit seit Jahresbeginn – vielfach knapp unter ihren Höchstständen. Für die Zukunft erwarten Ökonomen zwar ein leichtes Abflachen des Wachstums, aber keine neue Krise. Sollte diese irgendwann doch kommen, wären die Auswirkungen geringer als 2008, weil vor allem das Bankensystem widerstandsfähiger ist. Als Problem gilt jedoch, dass die EZB nach wie vor ihre Nullzinspolitik fährt und daher im Fall des Falles keinen Handlungsspielraum mehr hat.



durchaus überhitzt. Hier könnte es auch eine größere Korrektur geben“, so Kocher.

Die Banken

Allerdings schlugen sich auch eine größere Korrektur oder eine regionale Krise nicht mehr so stark durch wie noch vor zehn Jahren, ist sich der IHS-Chef sicher. „Denn das Finanzsystem ist seither wesentlich widerstandsfähiger geworden.“ Dem stimmt auch Klaus Kumpfmüller, Vorstand der heimischen Finanzmarktaufsicht, zu: „Wir haben die Kapitalquoten mehr als verdoppelt – von sieben auf über 15 Prozent hartes Kernkapital.“ Zum Teil erfolgte dies durch ein Gesundheitschupfen der Branche. Dieses Kapital benötigen die Finanzinstitute, um Verluste verdauen zu können. 2008 hatten sie zu wenig davon – die Staaten mussten mit Steuergeld einspringen, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern.

„Wenn sich das Szenario von 2008 heute wiederholen würde, dann würden die heimischen Banken keine staatlichen Hilfen mehr brauchen. Sie könnten diese Verluste selbst verkraften“, so Kumpfmüller. Hinzu komme die – allerdings noch im Aufbau befindliche – Bankenunion, die etwa klar vorgibt, wie eine Bank abgewickelt werden muss, ohne dass es einen chaotischen Zusammenbruch gibt. Auch die Banker hätten sich verändert, konstatiert Kumpfmüller. Renditeerwartungen wie in den Jahren vor

Mehr zum Thema:

- Leitartikel: 2008 stand das Finanzsystem auf der Kippe. 2018 ist es die Politik S. 2
- Die schwelenden Risiken in Amerika S. 2
- EU: Ohne eine Krise erlahmt Europas Reformwille S. 3

der Krise gebe es nicht mehr. Die Demut der Krisenzeit sei aber auch nicht mehr vorhanden. „Die Vergesslichkeit kommt schnell.“

Die Staaten

Ein widerstandsfähiges Bankensystem ist auch notwendig, denn die Staaten laborieren trotz florierender Wirtschaft nach wie vor an den Folgen der vor zehn Jahren ausgebrochenen Krise. So erhöhte sich die Staatsverschuldung sowohl in den USA als auch in Europa nachhaltig (siehe Grafik). Österreich ist mit einem Schuldenstand von 78,4 Prozent des BIPs ebenfalls gut zehn Prozentpunkte über dem Wert von 2008. Vor allem die ehemaligen Krisenländer des Südens wären durch einen erneuten Konjunkturreinbruch wohl fiskalpolitisch überfordert. Doch gerade hier sind etwa in Italien nun politische Kräfte an der Macht, die den Maastricht-Vertrag aufkündigen und eine Politik auf Schulden betreiben wollen.

Hinzu kommt, dass auch in der Geldpolitik zumindest Europa ohne Pulver dasteht. So liegen die Zinsen, anders als in den USA, immer noch auf null. Der EZB wären bei einer Krise also die Hände weitgehend gebunden. Das ist für Kocher daher auch das drängendste Problem. „Die Handlungsfähigkeit der Zentralbank sollte rasch wiederhergestellt werden.“ Europa müsse hinaus aus der Nullzinspolitik, ohne die Wirtschaft abzuwürgen. Ein schwieriger Balanceakt.

THEMEN



FEUILLETON

So progressiv war einst die Rockmusik

Pink Floyd, ELO & Co. – was war Prog-Rock? Und warum kommt er nie wieder? S. 25

EU Ende der Zeitumstellung schon 2019

Die EU-Kommission will Bürgernähe zeigen – und kommenden Jahr das Ende der Zeitumstellung fixieren. S. 4

WIEN Die geheime Architektur der Stadt

Open House: Verborgene Baujuwelen öffnen heute ihre Türen. S. 12

SPECTRUM Keine Klassen, nur Kampf

Prekäre Jobs auf hohem Niveau: Nachrichten aus der Arbeitswirklichkeit. S. 1

AUSTRIA'18 Wahl: Die Österreicher des Jahres

Zum 15. Mal bittet „Die Presse“ zur Abstimmung in den Kategorien Erfolg International, Familie und Beruf, Forschung, Humanitäres Engagement, Kulturerbe und Unternehmen mit Verantwortung. Beilage



NAVIGATOR

- Veranstaltungen S. 14
- Aktien, Fonds S. 19
- Sport S. 23
- Radio & TV S. 28
- Wetter S. 32
- Impressum S. 32

[Foto: Getty Images]



Kriegserklärung des Casino-Chefs

Glücksspiel. Um Casinos-Boss Alexander Labak ranken sich hartnäckige Ablösegerüchte. Jetzt schießt er in einem Brief an Vorstand und Aufsichtsrat zurück. Und attackiert den Betriebsrat.

Eigentlich wollte der frühere ÖVP-Finanzminister **Hans Jörg Schelling** nur für Ruhe sorgen. In den Casinos Austria nämlich. Im Jahr 2015 entwickelte Schelling also den Plan, die zahllosen Eigentümer des Glücksspielkonzerns auszukufen, das Unternehmen komplett zu verstaatlichen, neu zu strukturieren und dann wieder – gewinnbringend, versteht sich – zu veräußern. Das Ansinnen scheiterte. In jeder Hinsicht: Die Eigentümerfrage ist weit davon entfernt, geklärt zu sein. Es wird gestritten, mehr denn je. Und um den nunmehrigen Casino-Chef **Alexander Labak** ranken sich fast wöchentlich Ablösegerüchte. Die Stimmung im Unternehmen ist, sagen wir es diplomatisch, aufgeheizt. Und jetzt ist wieder etwas passiert. Nach dem Mot-



Konzernchef Alexander Labak wehrt sich auf recht ungewöhnliche Weise. (Casag/Achim Bieri)

Werte Mitglieder des Präsidiums des Aufsichtsrates,
liebe Bettina, lieber Dietmar,

das vorliegende Schreiben dient dazu, Euch unverzüglich darüber zu informieren, dass ein Whistleblower eine mündliche Meldung an mich erstattete, die Hinweise auf grobe Missstände in der Casinos Austria AG, enthält. Die geschilderten Missstände legen die Befürchtung nahe, dass das Wohl des Unternehmens massiv gefährdet ist.

KORDIKONOMY



VON HANNA KORDIK

to, wonach ungewöhnliche Situationen auch ungewöhnliche Schritte erforderlich machen, hat Alexander Labak einen Brief geschrieben. An seine Vorstandskollegen und an das Präsidium des Casinos-Aufsichtsrates. Der Brief ist eine einzige Kriegserklärung an den Betriebsrat des Unternehmens.

Labaks Brief, der der „Presse“ vorliegt, ist mit 5. September datiert. Er ging an seine Vorstandskollegen **Bettina Glatz-Kremsner** und **Dietmar Hoscher**. Und an das Präsidium des Aufsichtsrates, namentlich **Walter Rothensteiner**, **Josef Pröll**, Novomatic-Chef **Harald Neumann** und **Robert Chvatal**. Er habe, schreibt Labak in seinem dreiseitigen Brief, „Hinweise auf grobe Missstände in der Casinos Austria AG“ erhalten. Und diese „legen die Befürchtung nahe, dass das Wohl des Unternehmens massiv gefährdet ist“.

Die Hinweise habe er von einem Whistleblower erhalten, es sei „ein langjähriger und gut integrierter Mitarbeiter des Unternehmens“. Labak geht es um den „Verdacht der Verletzung von Vertraulichkeitsverpflichtungen“. Das wiederum führe zu einer Berichterstattung in den Medien, die dem Wohl des Unternehmens abträglich sei.

Und gegen wen richten sich die Anschuldigungen? Gegen zwei Mitglieder des Zentralbetriebsrates, die auch im Aufsichtsrat der Casag sitzen. Nämlich **Manfred Schönbauer** und **Christian Holz**.

Nicht nur würden sie, so Labak, gegen ihre Verschwiegenheitspflicht verstoßen, indem „interne Agenden an die Gewerkschaft übermittelt wurden“. Außerdem würde der Betriebsrat durch die „offensichtlich faktisch geschaffenen Machtstrukturen im Unternehmen“ in die operative Geschäftsführung eingreifen. Es gebe auch den „begründeten Verdacht auf Anwürfe gegen meine Person“ – Labak schreibt von einer „beispiellosen Diffamierung gegenüber externen Personen“. Weiteres Zitat aus dem Brief: „Diese Anwürfe gipfeln in dem von den handelnden Personen bei anderen Mitarbeitern gezielt gestreuten Gerücht, meine Funktion werde ohnehin im September von einem anderen Vorstandsmitglied wahrgenommen werden, dies verbunden mit der Ankündigung durch die handelnden Personen, dieses

Ansinnen auch selbst aktiv betreiben zu wollen.“

Es ist nicht das erste Mal, dass der Casino-Chef mit einem Brief für Aufsehen sorgt. Erst im März hatte er sich in schriftlicher Form an seine 4200 Mitarbeiter gewandt – damals war er gerade knapp neun Monate im Amt. Seine damalige Botschaft: Er rechtfertigte seinen „fordernden Führungsstil“ damit, dass Veränderungsprozesse notwendig seien. Die Mitarbeiter bat er dennoch um Gelassenheit – man solle nicht alles glauben, „was so in der Zeitung steht“. Eh.

Der aktuelle Brief hat freilich eine neue Qualität. Denn mittlerweile eckt Labaks harscher und recht autarker Führungsstil nicht nur bei den Mitarbeitern an – sondern auch bei den Eigentümern. Das sind, um die wichtigsten zu nennen, die Repu-

blik Österreich mit 33 Prozent und die tschechische Sazka-Gruppe mit rund 38 Prozent.

Die Sazka-Gruppe, die Labak 2017 als Nachfolger von **Karl Stoss** vorgeschlagen hatte, distanziert sich sogar mittlerweile vom Casino-Chef. Hinter vorgehaltener Hand wird gegenüber Journalisten beteuert, dass Labak „keinesfalls Vertrauensmann von Sazka“ sei.

Alexander Labak weiß das natürlich. In regelmäßigen Abständen berichten Medien von seiner bevorstehenden Ablöse – sein bis Ende 2019 laufender Vertrag werde jedenfalls vorzeitig aufgelöst werden, heißt es.

Seine Nerven wurden allerdings in der letzten Aufsichtsratsitzung Ende Juni offiziell überstrapaziert: Labak habe „funktionierende Strukturen bewusst und mutwillig zerschlagen, um sich kritisch mahnender Manager zu entledigen“, meldete sich dort der Betriebsrat zu Wort. Das Entfernen unbequemer Führungskräfte und die gleichzeitige Inanspruchnahme von Beratern habe Millionen verschlungen. Kurz: Die Casinos Austria seien ein einziger Scherbenhaufen.

Das ging Alexander Labak nun doch zu weit. Zumal die harsche Kritik auch in Medien zitiert wurde. Daher der neue Brief. Das Unternehmen nehme Schaden, schreibt er, und: Es sei „unsere Pflicht, diese Missstände im Unternehmen ohne weiteren Aufschub mit geeigneten Maßnahmen zu beheben.“

Vom Konzern gab es gegenüber der „Presse“ keine Stellungnahme. Und der Betriebsrat? Manfred Schönbauer sagt der „Presse“, dass er „keine Interna besprechen darf“. In der besagten Aufsichtsratsitzung habe er bloß seiner Sorge Ausdruck verliehen und damit seine Verantwortung als Mitglied des Aufsichtsrates wahrgenommen. An die Medien habe er das nicht herangetragen, „weil ich mich an diesen Spielchen nicht beteiligen möchte“. Es habe ja nicht einmal eine Betriebsversammlung stattgefunden, weil er den Dialog mit dem Management aufrechterhalten wolle. Vor diesem Hintergrund finde er es „seltsam, dass Alexander Labak einen Brief an Vorstand und Aufsichtsratspräsidium geschrieben hat, statt den Dialog mit der Belegschaftsvertretung zu suchen.“

Manfred Schönbauer ist jedenfalls seit 22 Jahren Casino-Betriebsrat und sagt: „Das ist die schwierigste Situation, die ich je erlebt habe.“ Das hätte sich Hans Jörg Schelling seinerzeit wohl auch nicht gedacht.

URSCHITZ MEINT

Wenn das Staatsvermögen negativ wächst

Das Ausgabenproblem der Republik ist immer noch ungelöst.

Wie können Sie Ihrer Umwelt schonend beibringen, dass Sie wieder ein Stück ärmer geworden sind? Wenn Sie Politiker oder im politiknahen Bereich tätig sind, sagen Sie einfach: „Mein Vermögen ist negativ gewachsen.“ Klingt doch gleich besser, oder?

Geht hat man das zuletzt am Donnerstag im Parlament, als der Budgetausschuss den Bundesrechnungsabschluss 2017 behandelte. Österreich habe 2017 einen „negativen Vermögenszuwachs“ von rund 28 Mrd. Euro registriert, hieß es da. Das „Nettovermögen“ des Bundes (Vermögenswerte abzüglich Schulden) sei damit auf minus 162,5 Mrd. Euro gefallen, Pardon, negativ gewachsen.

Man hätte natürlich auch sagen können: „Verdammt, wir sind auch im Vorjahr wieder ein schönes Stück ärmer geworden – und jetzt schon ziemlich heftig überschuldet.“ Aber das würde die positive Budgetstimmung, die derzeit allenthalben verbreitet wird, konterkarieren.

Dabei ist die grassierende Selbstbelobigung wirklich unverdient, wie nicht nur aus dem eher deprimierenden Staatsschulden-Check von Eco-Austria (siehe Seite 15), sondern auch aus den Anmerkungen des Rechnungshofs zum Bundesabschluss hervorgeht: Dass die Zahlen derzeit wesentlich besser als erwartet sind, liegt einzig und allein an der guten Konjunktur und an ein paar Sondereffekten. Im Vorjahr hat der Aufschwung an die drei Mrd. an Steuern zusätzlich in die Staatskasse gespült. Weitere drei Milliarden kamen aus einer Rücklagenauflösung für die Schäden der Kärntner Hypo und aus einer verzögerten Verbuchung eines Milliardenzuschusses für die ÖBB.

Und trotzdem weist das Budget ein Defizit aus. Heuer läuft die Konjunktur noch besser. Dennoch wird der Staat erneut mehr ausgeben als einnehmen. Wenn nicht bald echte Ausgabenreformen beginnen, laufen wir, wie die Eco-Austria-Studie überzeugend darlegt, mittelfristig in ein ordentliches Defizitproblem hinein.

Da wird die Regierung die Reformschlagzahl wohl noch deutlich erhöhen müssen. Denn, sagen wir es offen, einen dauerhaften Substanzverlust in Form von „negativen Vermögenszuwachsen“ kann sich dieses Land nicht ewig leisten. Und wenn aus der brummenden Konjunktur absehbarerweise wieder einmal ein „Minuswachstum“ wird, sollte eine wirklich umfassende Ausgabenreform schon weit auf dem Weg sein.

josef.urschitz@diepresse.com

EVA KINAUER-BECHTER
DIE EXKLUSIVE PARTNERVERMITTLUNG

für Persönlichkeiten aus Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft.

Senior Manager, 31, ein gutaussehender und sehr sportlicher Mann mit strahlenden Augen

Dieser offene und unkomplizierte Mann hat die letzten Jahre viel Zeit in seine Karriere investiert, um sich schon bald einen lang gehegten Wunsch erfüllen zu können: eine Auszeit vom Alltag nehmen, um die ganze Welt zu bereisen. Sind SIE die EINE, die diesen Traum mit ihm teilt? Eine abenteuerlustige und herzliche junge Frau mit Humor, die sich für Neues begeistert und sich eine Zukunft an der Seite dieses überaus positiven und aufrichtigen Mannes vorstellen kann?

Jagdtschlossgasse 79, 1130 Wien
M: +43 6991 877 11 00. T: +43 1 877 11 11
www.kinauer-bechter.com